

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890**

20.2.1890 (No. 50)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 20. Februar.

N<sup>o</sup> 50.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 19. Februar.

Nicht mehr Tage, sondern nur noch Stunden trennen uns von der folgenschweren Entscheidung des deutschen Volkes über die Zusammenfassung des nächsten Reichstags. Die Agitationsmittel der Parteien sind erschöpft, die letzten eindringlichen Mahnungen an die Wähler ergangen und mit dem von den politischen Parteien in so unermüdlicher Thätigkeit vorbereiteten Akte der Abstimmung schließt die Wahlbewegung ab. Auch denen, welche sonst dem Gange der öffentlichen Angelegenheiten keine größere Theilnahme widmen, hat es nicht ungewiß bleiben können, worauf es diesmal ankommt; oft und nachdrücklich genug ist auf die Bedeutung der morgigen Wahl hingewiesen worden. Zudem hat sich ja auch die Sachlage diesmal ziemlich einfach gestaltet. Nicht um politische Parteifragen handelt es sich, sondern um große Aufgaben von nationaler Bedeutung, für deren erprobte Lösung eine Mehrheit in dem neuen Reichstage geschaffen werden soll. Zugleich mit der Aufrechterhaltung der Machtstellung Deutschlands, der vollen Widerstandskraft des Reiches gegen äußere Gefahren, sollen die Gefahren, die dem inneren Frieden des Vaterlandes drohen, durch erhöhte Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen, durch einen wirksameren Schutz der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung, aber auch durch Maßregeln gegen gemeingefährliche Ausschreitungen der auf einen gewaltigen Umsturz der bestehenden Verhältnisse ausgehenden Elemente abgeschwächt werden. Wo die Hauptaufgaben der Gesetzgebung so klar und bestimmt vorgezeichnet sind, da hat sich auch die Gruppierung der politischen Parteien im Wahlkampfe leicht vollziehen können. Diejenigen Parteien, die bereit sind, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen nach den bezeichneten Richtungen hin zu wirken, um das Deutsche Reich nach außen hin mächtig und im Innern einig zu erhalten, haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen geeinigt. Sie haben sich an einander angeschlossen und zu gegenseitigem Beistand verpflichtet, nachdem sie sehen mußten, daß von den gegnerischen Parteien die gleiche Bereitwilligkeit, im Einklang mit den verbündeten Regierungen an dem maßvollen und besonnenen Ausbau der Gesetzgebung zu arbeiten, nicht gezeigt wird. Danach kann es Niemandem, so fern ihm auch sonst die politischen Vorgänge liegen mögen und so wenig er sich um die parlamentarischen Arbeiten im übrigen zu kümmern gewöhnt ist, irgendwie noch unklar sein, auf welcher Seite er bei der morgigen Abstimmung Stellung zu nehmen hat. Eben deshalb darf aber auch von Jedem erwartet werden, daß er diesmal von seinem Wahlrechte Gebrauch macht. Der Ernst der Zeit, welcher wir entgegengehen, und die Bedeutung der Entscheidung, die morgen getroffen wird, verlangen die Ausübung des Wahlrechtes von Jedem, der es besitzt. Es darf sich Niemand verhehlen, daß die fünf Jahre, für welche morgen der Reichstag zu wählen ist, einen ganz besonders

wichtigen Abschnitt in der Entwicklungsgeschichte des neuen Deutschen Reiches bilden werden. Von dem Ausfalle der Wahl, von der Zusammenfassung des neuen Reichstages wird es zum großen Theile abhängen, ob es gelingt, das Deutsche Reich im Innern so stark und einig zu erhalten, daß es den Ereignissen, die von außen her an dasselbe herantreten können, fest und ruhig entgegenblicken darf. Der deutsche Wähler wird es nicht aus dem Auge verlieren dürfen, daß eine scharfe Trennung zwischen Fragen der auswärtigen und der inneren Politik bei der Wahl eines Parlamentes überhaupt unmöglich ist. Auf der deutschen Wählerschaft und auf jedem einzelnen wahlberechtigten Manne ruht die volle Verantwortung dafür, ob der neue Reichstag im Stande sein wird, nach innen und nach außen in wirksamer Unterstützung der Politik unseres Kaisers und der verbündeten Regierungen die höchsten Interessen des Deutschen Reiches thatkräftig zu fördern.

Nach einer Meldung des Wolff'schen Telegraphenbureaus aus Paris wird heute eine Unterredung des deutschen Botschafters Grafen Münster mit dem französischen Minister des Auswärtigen in Bezug auf die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar und den Plan einer internationalen Konferenz zur Erörterung der Arbeiterfrage stattfinden. Das „Petit Journal“ versichert, Spuller werde eine bestimmte Antwort noch nicht erteilen und erklären, über gewisse Punkte, namentlich über eine Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden, sei die französische Regierung schon jetzt entschlossen, keine Abmachungen einzugehen. Das „Journal des Debats“ zollt heute den Absichten des Kaisers Wilhelm lebhaft Anerkennung und betont, die Republik müsse dem Grundgedanken der Konferenz zustimmen, sich aber eine engültige Antwort vorbehalten, bis man die näheren Umstände der Konferenz vollständig kenne. Das würde ungefähr mit der Meldung des „Petit Journal“ über die Haltung Spullers stimmen. Das „Journal des Debats“ führt aus, die kühne Initiative des Deutschen Kaisers betreffs der Lösung der Arbeiterfrage sei das bemerkenswerthe internationale Ereigniß, das seit langem sich vollzogen. Der Kaiser, durchdrungen von seiner Mission, sei von dem Bunde befehlet, sie zu erfüllen. Was die Annahme der Einladung zu der Konferenz betreffe, so habe die französische Regierung stets sich mit der Arbeiterfrage beschäftigt und müsse daher an der internationalen Konferenz theilnehmen. Jede Regierung müsse sich der Bereitwilligkeit der anderen Mächte versichern; Einmütigkeit sei unerläßlich.

Das englische Unterhaus wird sich in den ersten Tagen der nächsten Woche mit dem Berichte der Parnell-Kommission befassen und die Oppositionsparteien bereiten sich darauf vor, der Regierung bei diesem Anlaß ein Haupttreffen zu liefern. Schon unmittelbar nach seinem Zusammentritt hatte das Unterhaus sich mit der Streitsache zwischen Parnell und den „Times“ zu beschäftigen; die Gladstoner empfangen die Regierung mit dem von Sir

W. Harcourt gestellten Antrage, die von den „Times“ veröffentlichten gefälschten Parnell-Briefe, die der bekannte, später durch eigene Hand gestorbene Betrüger Pigott dem Cityblatte aufgeschwindelt hatte, für eine Verleumdung eines Abgeordneten und für eine Verletzung der parlamentarischen Privilegien zu erklären. Dieser Antrag kam am Mittwoch voriger Woche durch 260 gegen 212 Stimmen zu Fall. Am nächsten Montag wird nun die Regierung im Unterhause die Forderung stellen, den Bericht der Parnell-Kommission zu genehmigen, während die Opposition einen Gegenantrag stellen wird. Die Abstimmung über den Antrag Harcourts läßt schon erkennen, wie das Unterhaus sich zu der Sache stellen wird. Die Opposition sucht die Ergebnisse der Parnell-Kommission nach Möglichkeit zu Gunsten Parnells auszulegen und sie wird auch bei der Debatte über den Bericht der Dreirichter-Kommission nicht verfehlen, den Bericht als eine vollkommene Rechtfertigung der irischen Partei gegenüber den Verleumdungen der „Times“ darzustellen. Allein wenn Herr Parnell auch persönlich ziemlich unverfehrt aus der langen Unterzuchung hervorgegangen ist, so läßt sich doch in Bezug auf andere Führer der irischen Bewegung wie betreffs Davitts und O'Briens nicht das Nämliche sagen. Der Generalanwalt Sir Richard Webster konnte daher in seiner am Samstag zu Oxford gehaltenen Rede wohl ohne Uebertreibung sagen, daß, abgesehen von den persönlichen Anklagen gegen Parnell, die gegen die parnellitische Partei erhobenen Vorwürfe im Wesentlichen erwiesen worden seien. Jedenfalls hat der Verlauf der Unterzuchung die Abneigung der Parlamentsmehrheit dagegen, Irland an die Parnelliten auszuliefern, nicht erschüttern können. Daß die Mehrheit des Unterhauses in ihrer Zustimmung zu der irischen Politik der Regierung verharret, ergibt sich aus der heute Nacht erfolgten Abstimmung über Parnells Antrag zu der Adresse, welcher die irische Politik der Regierung tabelle; der Antrag ist, nach einem uns zugegangenen Telegramm, mit 307 gegen 240 Stimmen verworfen worden.

Der Entwurf zu einem Gesetze betreffend die Gewerbegerichte, wie er von den Bundesrathsausschüssen ausgearbeitet und an das Plenum gebracht ist, ist, abgesehen von den ganz neuen Bestimmungen über die Gewerbegerichte als Einigungsämtern, im Allgemeinen auf dem Grunde der Vorlage vom Jahre 1878 unter thunlichster Berücksichtigung der zu derselben vom Reichstage in zweiter Lesung gefaßten Beschlüsse aufgebaut. Im Einzelnen sind jedoch nicht unerhebliche Änderungen vorgenommen. Zu den letzteren wird man in erster Reihe die Vorschriften zählen müssen, welche sich auf den Kreis der unter das Gesetz fallenden Personen beziehen. Um festzustellen, wie weit der Kreis der Arbeitgeber und Arbeiter, auf welche das Gesetz Anwendung finden soll, sich erstreckt, ist es diesmal empfehlenswerth erschienen, den Begriff des gewerblichen Arbeiters in dem Umfange, welchen der Anwendungsbereich des siebenten Titels der Gewerbeordnung angibt, zu Grunde zu legen. Dadurch ist eine besondere Bestimmung, daß Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften nicht als Arbeiter im Sinne des Gesetzes gelten, wie dies in § 21 der Vorlage vom Jahre 1878 geschehen war, überflüssig geworden, da auf die bezeichneten Personen nach

Nachdruck verboten.

### Die Dikt von Hausperg.

Eine Erzählung von J. C. Maurer.  
(Fortsetzung.)

II.

Wenn der Wanderer von Brizlegg in's Alpbachtal hineingeht, kommt er nicht weit vom sogenannten Schmiedkreuz, das die Grenze des Thales bezeichnet, an einem schmalen, hölzernen Bauernhause vorbei; es ist der Hof zu Hausperg.  
Vor dem Eingange desselben saß am Abende jenes Tages unter der vorspringenden Laube, die rings um das Haus herläuft, Sepp, der alte Bauer zu Hausperg, an einem Klappstuhl; auf diesem war ein vergilbtes, vielteiliges Buch aufgeschlagen, in dem er emsig zu lesen schien. Wüßlich schaute er auf, nahm die große Brille von der Nase und ließ seinen Blick zum blauen Himmel empor und über die Gegend schweifen, die jetzt von der untergehenden Sonne schön beleuchtet wurde.  
„Ein prächtiges Wetter für den Schnitt,“ sprach er zu sich selbst; „wenn's nächste Woche auch so bleibt, werden wir unser Korn gut unter's Dach bringen! Aber ich weiß nicht,“ setzte nachdenklich hinzu, „ist mir's doch oft, als ob ich heuer beim Schnitt nicht mehr dabei sein sollt', als ob mich die ganze Wirthschaft bald nichts mehr angehe. Die Habergerst hat hier auch neulich geschrien und das ist kein gutes Zeichen.“  
Nachdem er dies gesagt hatte, starrte er wieder nachdenklich auf seine Felber und Wiesen, die um den Hof herumlagen. So in Gedanken versunken, bemerkte er gar nicht, daß mittlerweile der greise Vikar von Alpbach auf dem holperigen Thalweg herangekommen kam und sich dem Hause näherte. Erst als dieser kaum mehr einige Schritte von ihm entfernt war, schien der Bauer ihn gewahr zu werden.  
„Schau, schau, der Hochwürdigste!“ rief er mit unterwürfiger Freundlichkeit, „wollt Ihr nicht ein wenig einkehren auf Hausperg, Herr Vikari!“

„Daß Dich nicht hören in Deiner Leserei, Sepp,“ erwiderte der Geistliche, indem er, näher tretend, den schwarzen Strohhut vom Haupte nahm und sich die silberweißen Locken zurückschob. „Ich bin auf meinem gewöhnlichen Abendspaziergang begriffen und wollte zum Schmiedkreuz hinausgehen. Da Du mich aber eingeladen hast, herinzukommen, will ich unter Deiner Laube ein bißchen anstehen. Was hast Du denn für ein Buch hier?“ fragte er, auf der anderen Seite des Klappstuhls Platz nehmend.  
„Es ist Goffine's Evangelienbuch,“ entgegnete Sepp. „An einem hohen Feste, wie heute, ziemt sich's für jeden Christen, das Evangelienbuch zu lesen.“  
„Allerdings,“ bemerkte darauf der Geistliche, „nur wäre es besser, wenn die Christen das, was im Wort Gottes geschrieben steht, auch jederzeit befolgen wollten.“  
„Wo ist denn dein Sohn heute?“ fragte dann der Pfarrer, um auf ein anderes Thema zu kommen, sofort hinzu.  
„Der ist schon seit frühstem Morgen aus dem Hause fort,“ gab der Bauer Bescheid. „Er wird wohl wahrscheinlich nach Rattenberg hinaus sein, wo heute im Servitenkloster großes Fest ist mit Umgana und Predigt.“  
Der Vikar lächelte: „Danach pflegen junge Leute,“ sagte er, „sonst nicht sehr viel zu fragen und es verschlägt im Grunde auch nichts, wenn sie nur im Uebrigen das Herz am rechten Fleck haben, wie dein Sohn Andra.“  
„Meint Ihr?“ — versetzte der Hausperger mit selbstgefälliger Miene, „ja, ich bin schon zufrieden mit meinem Vuben.“  
„Ich kenne ihn von früherster Jugend auf,“ fuhr der Geistliche fort, „und kann Dir zu ihm nur Glück wünschen; aber wo ist denn Dein Bruderkind, die Bittl; hab' sie schon lang' nicht mehr gesehen.“  
„Die ist auf der Holzalm droben als Sennerin,“ versetzte Sepp. „Ich hab' sie hinausschicken müssen, weil mir die Kuhbirn unter der Zeit den Dienst gekündigt hat; es ist hart, jetzt im Sommer Diensthöten aufzutreiben.“

Der Vikar schien auf diese Bemerkung nicht zu achten. „Du hast ein christliches Werk vollbracht,“ wendete er sich an den Alten, „daß Du das Dirndl bei Dir aufgenommen hast, laß' Dich's nicht reuen, unser Herrgott wird Dir's einmal vergelten.“  
„Ich bin ihr nächster Verwandter,“ antwortete der Hausperger, „was hätte ich da anders thun können. Wenn man nur wüß', daß die Wohlthat auch gut angewendet ist,“ setzte er höflich hinzu; „aber Ihr wißt, Herr Vikari, wie's oft mit solchen Kindern gegangen ist, von denen die Eltern —“  
„Sepp, Sepp,“ unterbrach ihn der Seelsorger, indem er drohend den Zeigefinger aufhob, „daß ich nie mehr eine solche unchristliche Red' von Dir höre! Was kann das arme Dirndl für das, was ihr Vater gethan haben soll! Selbst dann, wenn er wirklich schuldig gewesen wäre, was man ja nicht einmal weiß.“ —  
Der Bauer runzelte die Stirn.  
„Nicht einmal weiß,“ wiederholte er. „Als wenn ich nicht selbst dabei gewesen wär, wie er damals am Abend vor Dreißigen mit dem Böglerwirth den Streit gehabt hat, und zwei Stunden darauf ist das Haus in Flammen gekandert! — Hört nur, wie es zunging: Ich bin selbistes Mal eben dort beim Wein gefessen und hab' mit dem Bögler um eine Kuh gehandelt, da ist mein Bruder, der Nichtl, mit dem wältschen Holznecht, dem schwarzen Peter, heringekommen und hat gesagt, sie seien heut' mit dem Holzschlägen im Käramal fertig geworden, und der Wältsche wolle heimgehen. Auf das bin hat der Wirth einem jeden seinen Lohn ausgezahlt, aber den beiden ist's nicht genug gewesen mit dem Tagelohn, wie's früher ausgemacht war, und so ist's zum Streit gekommen. Der Wältsche hat nicht viel gesagt, mein Bruder aber hat mit dem Bögler noch einen langen Wortwechsel gehabt, endlich hat er voll Wuth auf den Tisch geschlagen und geschrien: Wart, Bögler, an das sollst du denken! — Darauf sind sie mit einander fort und ich bin auch bald heimgegangen.“

(Fortsetzung folgt.)

§ 154 Absatz 1 der Gewerbeordnung die Vorschriften des sieben-  
ten Titels überhaupt keine Anwendung finden. Eine erhebliche  
Erweiterung gegenüber den Bestimmungen im gegenwärtig zu  
Recht bestehenden § 120 a der Gewerbeordnung enthält der Ent-  
wurf insofern, als er auch den Bergwerksbetrieb den Bestim-  
mungen über die Gewerbebetriebe und Einigungsämter unterstellt.  
Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der jüngst vergangenen Zeit  
wird dies auch nicht auffällig erscheinen. Da für die Bergarbeiter  
nicht der ganze siebente Titel der Gewerbeordnung, sondern nach  
dem § 154 Absatz 4 nur einzelne Vorschriften derselben Geltung  
besitzen, so ist es geboten erschienen, die Anwendbarkeit des Ge-  
setzes nach dieser Richtung durch ausdrückliche Bestimmung außer  
Zweifel zu setzen. Von einer besonderen Definition des Begriffs  
des Arbeitgebers hat man absehen zu sollen geglaubt, da er sich  
selbst hinsichtlich der Feststellung des Begriffs des Arbeiters von  
selbst ergibt. Einer besonderen Prüfung hat die Frage unter-  
legen, inwieweit die in der Hausindustrie beschäftigten Personen  
unter das Gesetz fallen sollen. Die Stellung dieser Personen ist  
in den verschiedenen Industrien und Gebieten eine sehr mannig-  
fache, derart, daß dieselben bald überwiegend als selbständige Ge-  
werbetreibende, bald als bloße Arbeiter erscheinen. Eine durch-  
greifende Norm, nach welcher die in der Hausindustrie beschäf-  
tigten Personen als Arbeiter angesehen werden sollen, war des-  
halb für die Zwecke des Gesetzes nicht angängig; auch eine nur  
dispositive Vorschrift, nach welcher die bezeichnete Regel in Er-  
mangelung einer entgegenstehenden Bestimmung des Ortsstatuts  
Anwendung finden soll, war bei der schwer zu übersehenden Trag-  
weite einer derartigen Vorschrift am besten zu vermeiden. Der  
Entwurf überläßt es daher lediglich den Statuten resp. der Ver-  
fassung der Centralbehörde, die Frage nach Maßgabe der ört-  
lichen Verhältnisse zu entscheiden. Wird eine Bestimmung dar-  
über im einzelnen Falle nicht getroffen, so unterliegen die be-  
treffenden Personen dem Gesetze überhaupt nicht, oder, falls sie  
ihrerseits Arbeiter beschäftigen, nur in ihrer Eigenschaft als Ar-  
beitgeber. Daß im letzteren Falle die Streitigkeiten derselben mit  
ihren Arbeitern der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterliegen  
sollen, versteht sich von selbst.

#### Deutschland.

\* Berlin, 18. Febr. Seine Majestät der Kaiser ar-  
beitete am gestrigen Vormittage von 11 Uhr ab mit dem  
Chef des Civilcabinetts, Wirklichen Geheimen Rath Dr.  
v. Lucanus. Zur Frühstückstafel hatten die kaiserlichen  
Majestäten, wie bereits durch Privattelegramm mitge-  
theilt, auch den Großherzoglich Badischen Gesandten am  
hiesigen Hofe, Freiherrn v. Marschall, mit einer Ein-  
ladung beehrt. Die Majestäten unternahmen Nachmittags  
um 3 Uhr eine gemeinsame Spazierfahrt durch den Thier-  
garten und besuchten auf der Rückfahrt die Kunsthandlung  
von Schulte. Abends 6 Uhr hörte der Kaiser den kriegs-  
geschichtlichen Vortrag des Generaladjutanten von Wittich.  
Zur Abendstafel waren von den Majestäten Generalfeld-  
marschall Graf von Moltke, der königliche Kammerherr Graf  
von Hohenthal und dessen Gemahlin, Major v. Moltke und  
Gemahlin, Lieutenant v. Chelius und Gemahlin, der Ge-  
sandte Graf zu Eulenburg, Professor Hertel und Hof-  
prediger Dr. Frommel mit Einladungen beehrt worden.  
Am heutigen Vormittage erledigte der Kaiser bis 9 Uhr  
Regierungsangelegenheiten. Nachher unternahmen Ihre  
kaiserlichen Majestäten eine gemeinsame Spazierfahrt nach  
dem Thiergarten und dort eine Promenade in den An-  
lagen und besuchten auf der Rückkehr das Panorama in  
der Herwarthstraße. Nach dem königlichen Schlosse zu-  
rückgekehrt, nahm der Kaiser Marinevorträge und später  
militärische Meldungen entgegen.

— Ihre Majestät die Kaiserin unternahm gestern  
Vormittag um 9 Uhr eine Spazierfahrt nach dem Thier-  
garten und besuchte um 11 Uhr die Diakonissenanstalt  
Bethanien. Gegen Abend ertheilte die Kaiserin mehrere  
Audienzen.

— Anlässlich des Dahinscheidens der Kaiserin  
Augusta hatte der Stadtrath von Southampton eine  
Beileidsadresse an die kaiserliche Familie gesandt. Durch  
Vermittlung des dortigen deutschen Konsuls wurde nun-  
mehr der städtischen Vertretung von Southampton der  
Dank des Kaisers für jene Kundgebung aufrichtiger Sym-  
pathie zu erkennen gegeben.

— Der Reichskanzler Fürst Bismarck beehrte gestern  
den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szecsenyi  
mit einem längeren Besuche.

— Nach einer Meldung aus London ist der Kom-  
mandant vom deutschen Kreuzergeschwader, Viceadmiral  
Deinhard, zum Ehrenmitglied der Militärabtheilung  
des Bath-Ordens 2. Klasse ernannt worden.

— Die „National-Ztg.“ schreibt: „Herrn Dr. Miquel  
ist vom Kaiser das Oberpräsidium der Rheinprovinz an-  
geboten worden; nach dem, was uns über seine Auffas-  
sung der Angelegenheit bekannt geworden, halten wir eine  
uns telegraphisch übermittelte Meldung der „Kölnischen  
Zeitung“, daß er gebeten habe, von seiner Ernennung ab-  
zusehen, für zutreffend. Das Herrn Miquel gemachte  
Anerbieten ist ein neuer Beleg dafür, daß von der Ver-  
vorzugung einer einzelnen — am wenigsten von der einer  
extremen — Richtung in unserm Staatsleben keine Rede  
sein soll. Insofern wird der Vorgang vielleicht noch im  
letzten Augenblicke auch eine manche Wähler beherrschende  
Wirkung ausüben. Ebenso erfreulich wie die Absicht des  
Kaisers ist, daß Herr Miquel nicht Oberpräsident ge-  
worden, daß er sich seine freie Stellung gewahrt hat.  
Herr v. Bennigsen, dessen Eintritt in das Oberpräsidium  
von Hannover vermöge seiner persönlichen Stellung ge-  
rade zu dieser Provinz eine andere Bedeutung hatte, ist  
immerhin dadurch, wenngleich nicht der parlamentarischen  
Führung seiner Partei, so doch der außerparlamentari-  
schen politischen Thätigkeit entzogen worden; es wäre  
darnach doppelt bedauerlich gewesen, wenn dies auch be-  
treffs Dr. Miquels geschehen wäre.“

— Unterstaatssekretär Dr. Rasse ist an Stelle des  
Freiherrn v. Berlepsch zum Oberpräsidenten der Rhein-  
provinz ernannt. Dr. Rasse entstammt einer hochange-  
sehenen rheinischen Familie; er ist in Bonn geboren, war  
7 Jahre Landrath des Lahntales, dann 7 Jahre Ober-

präsidialrath in Coblenz, 7 Jahre vortragender Rath im  
Ministerium des Innern, endlich 7 Jahre Regierungs-  
präsident von Trier. Als nach dem Tode des Kaisers  
Friedrich Freiherr v. Wilmowsky sich in den Ruhestand  
zurückzog und Herr v. Lucanus zu seinem Nachfolger  
als Chef des Civilcabinetts ernannt worden war, wurde  
Präsident Rasse zum Unterstaatssekretär im Kultusmini-  
sterium ernannt. In dieser Stellung war er sonach nur  
anderthalb Jahre thätig. Für seinen neuen Posten als  
Oberpräsident der Rheinprovinz ist sonach Herr Rasse  
auf's Beste vorbereitet. Er kennt Land und Leute und  
die Provinz kennt ihn, sie weiß seine vielseitigen Kenntnisse  
und Fähigkeiten, seine Gerechtigkeit und seine Unparteilichkeit  
bestens zu schätzen. Zum Nachfolger des Herrn Rasse als  
Unterstaatssekretär des Kultusministeriums ist der lang-  
jährige Leiter der ersten Abtheilung dieses Ministeriums  
für die geistlichen Angelegenheiten, Wirklicher Geh. Ober-  
regierungsrath Dr. Barkhausen, ernannt und dieser als  
Ministerialdirektor wieder durch den dritältesten Rath  
dieser Abtheilung, Geh. Oberregierungsrath Dr. Bartsch,  
ersetzt worden.

— Der vortragende Rath im Justizministerium, Wirk-  
licher Geh. Oberjustizrath Horstmann ist zum Wirk-  
lichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Excellenz“,  
der Oberlandesgerichtsrath Dr. Holtgreven aus Naumburg  
an der Saale ist zum Geh. Justizrath und vortra-  
genden Rath im Justizministerium ernannt worden.

— Von Dr. Zingraf, der vor nicht langer Zeit  
todtgesagt wurde, ist aus St. Thome die erfreuliche Mit-  
theilung eingetroffen, daß er nach einjähriger Abwesen-  
heit am 6. Januar glücklich wieder in Kamerun ange-  
langt ist und wahrscheinlich in einigen Monaten in Berlin  
eintreffen wird.

— Dem bisherigen brasilianischen Gesandten hier selbst,  
Baron Jaurú, ist der Rother Adler-Orden 1. Klasse  
verliehen worden.

— Der Tod des Grafen Andrássy ruft auch hier  
die lebhafteste Theilnahme wach. Sie beschränkt sich nicht  
bloß auf die offizielle Welt, sie erstreckt sich auf alle po-  
litischen Kreise, welche voll auf würdigen wissen, welche  
große Verdienste dieser hervorragende österreichisch-unga-  
rische Staatsmann sich um die Erhaltung des europäischen  
Friedens erworben. Die hiesigen Blätter widmen dem  
Grafen Andrássy warm empfundene Nachrufe, in denen  
sie besonders das Verdienst des Verstorbenen um die Be-  
wahrung der Neutralität Oesterreichs im Jahre 1870 her-  
vorheben.

— Die Thätigkeit des preussischen Staatsraths  
wird am 26. d. M. bekanntlich wieder beginnen. Den  
„Berl. Pol. Nachr.“ zufolge ist die vorläufige Geheim-  
haltung der Arbeiten von Seiten des Staatsraths auf  
den direkten Befehl Seiner Majestät des Kaisers zurück-  
zuführen. Die Vernehmung von Interessenten seitens  
der Abtheilungen des Staatsraths wird sich demselben  
Organ zufolge nicht auf Industriearbeiter beschränken,  
sondern auf Handwerksmeister, Gesellen, sowie Sachver-  
ständige ausgedehnt werden, welche sich besonders mit der  
Arbeiterfrage beschäftigen.

— Dem Abgeordnetenhaus ist eine umfangreiche Denk-  
schrift über die Ausführung des Gesetzes betreffend die  
Beförderung deutscher Ansiedlungen in West-  
preußen und Posen für das Jahr 1889 zugegangen.

#### Schweiz.

Basel, 18. Febr. Nach dem vom Großen Rath des  
Kantons Basel-Stadt angenommenen Krankenversi-  
chergesetz, das indessen noch der Volksabstimmung  
unterliegt, sollen alle in Basel beschäftigten Arbeiter,  
auch wenn sie in den angrenzenden deutschen Gemeinden  
wohnen, unentgeltliche Verpflegung im Baseler Spital  
und Hausbesuch durch Baseler Aerzte genießen. Der  
Jahresbeitrag wurde auf 12 Fr. festgesetzt, wovon die  
Hälfte der Arbeitgeber bezahlt; bei einem Einkommen  
unter 1200 Fr. wird der Jahresbeitrag erlassen.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Febr. Die Leiche des heute früh gestor-  
benen Grafen Julius Andrássy trifft am Donnerstag  
in Pest ein und wird nach der Akademie der Wissen-  
schaften überführt werden. Die Einsegnung erfolgt wahr-  
scheinlich am Freitag Vormittags, worauf die Leiche mit  
einem Separatzug nach Trebes gebracht wird. In dem zu  
einer außerordentlichen Sitzung versammelten ungarischen  
Ministerrath wurden heute Beschlüsse in Betreff der Be-  
setzung der Leiche gefaßt. Der ungarische Ministerpräsi-  
dent Tisza meldete in der heutigen Klubkonferenz der  
liberalen Partei einen Gesetzentwurf an, nach welchem  
dem Grafen Andrássy in Anerkennung seiner großen Ver-  
dienste um das Vaterland und den Thron ein Monument  
in Pest auf Staatskosten zu errichten sei. Sämmtliche  
Beste Blätter veranstalteten heute Vormittag eine zweite  
Ausgabe, worin sie in tief empfundenen Artikeln die großen  
Verdienste Andrássy's um den ungarischen Staat und die  
österreichisch-ungarische Monarchie würdigten. Insbesondere  
heben die Blätter die Begründung des deutsch-österreichi-  
schen Bündnisses hervor, welches die Frucht einer groß-  
gedachten, zielbewußten, Jahre hindurch mit ungewöhnlich  
großem Geschicke verfolgten auswärtigen Politik Andrássy's  
gewesen sei. In demselben Sinne äußern sich die hie-  
sigen Blätter. Im österreichischen Abgeordnetenhaus theilte  
der Präsident den Tod Andrássy's mit und widmete ihm  
einen warmen Nachruf, in welchem er die hervorragende  
Stellung Andrássy's und dessen große Verdienste um den  
Kaiser und den Staat, insbesondere aber seinen Antheil  
an dem Zustandekommen des österreichisch-deutschen Bünd-  
nisses unter lebhaftem Beifalle hervorhob. Das Haus  
drückte seine Theilnahme durch Erheben von den Sitzen  
aus. Die Kundgebung wurde auf Antrag des Präsidenten  
im Sitzungsprotokolle verzeichnet.

#### Frankreich.

Paris, 18. Febr. Aus dem „französischen Birming-  
ham“, aus St. Etienne, wird eine neue Streik-  
bewegung gemeldet. Der Streik begann schon gestern  
mit der Arbeitseinstellung von Seiten mehrerer hundert  
Bergleute, die in dem Schachte „Zabin“ beschäftigt  
waren; eine für heute Abend nach der Arbeitsbörse in  
St. Etienne einberufene Versammlung der Bergarbeiter  
beschloß, daß der Streik auf sämtliche Gruben der  
Kohlenbergbau-Gesellschaft ausgedehnt und dieser Beschluß auch  
den Grubenarbeitern der anderen Gesellschaften des  
Kohlengebietes mitgetheilt werden solle. Man befürchtet  
nun, der Streik werde sich infolge dieses Beschlusses auf  
alle Werke des großen Kohlenreviers von St. Etienne  
ausdehnen. Bemerkenswerth ist, daß die Lohnfrage mit  
diesem Ausstande nichts zu thun hat; der Streik wurde  
dadurch veranlaßt, daß die Arbeiter der erwähnten  
Kohlenbergbau-Gesellschaft die Entlassung mehrerer Kameraden,  
die von der Gesellschaft verfügt worden war, nicht dulden  
und die Gesellschaft zwingen wollen, die entlassenen  
Arbeiter wieder anzustellen. Es ist also eine Macht-  
frage, die da zum Austrage gebracht werden soll. Die  
Streikbewegung in St. Etienne enthält eine neue Mahnung  
für die französische Regierung, auch ihrerseits dazu mit-  
zuwirken, daß die vom Deutschen Kaiser angeregte inter-  
nationale Verständigung in Bezug auf die Arbeiterfrage  
zu Stande kommt. — Der deutsche Botschafter Graf  
Münster gab heute ein Diner, an welchem der Minister-  
präsident Tirard, die Minister Constans, Spuller und  
Rouvier, der päpstliche Nuntius Mgr. Rotelli, der  
spanische Botschafter Leon y Castillo und der amerikanische  
Gesandte Whitelaw Reid theilnahmen.

#### Großbritannien.

London, 18. Febr. Gladstone empfing heute eine  
Deputation der Bergarbeiter, welche seine Ansichten über  
die achtstündige Arbeitszeit ausbat. Gladstone wies  
besonders auf die Schwierigkeit hin, diejenigen zur Nieder-  
legung ihrer Arbeit zu zwingen, welche dieselbe fortsetzen  
wollten. (Nach dieser Meldung scheint Gladstone eine  
bestimmte Erklärung über seine Stellung zu der Forde-  
rung der achtstündigen Arbeitszeit vermeiden zu haben.  
Angesichts der Uneinigkeit seiner Anhänger in dieser Frage  
würde seine Zurückhaltung allerdings begreiflich sein.) —  
Lord Lamington, ein konservativer Reichspair, starb  
am Samstag in London im Alter von 74 Jahren. Er  
war der älteste Sohn des bekannten Admirals Sir Tho-  
mas Cochrane und war auch als Dichter und Schrift-  
steller, zumeist auf politischem Gebiete bekannt. Während  
des französisch-deutschen Krieges in 1870/71 erwies er  
sich in Wort und Schrift als warmer Verfechter der  
deutschen Sache.

#### Schweden und Norwegen.

Christiania, 19. Febr. (Tel.) Der Nordlandfahrer  
Hansen hielt in der hiesigen Geographischen Gesellschaft  
einen Vortrag über die geplante Nordpolexpedition.  
Er beabsichtigt ein starkes Schiff zu bauen, das vom  
Eis nicht zerdrückt, sondern nur gehoben werden kann.  
Die Fahrt soll durch die Behringstraße mit Benutzung  
des günstigen Stroms nach den neuseeländischen Inseln und  
von da nach dem Nordpol gehen, wohin der Strom  
wahrscheinlich führe.

#### Serbien.

Belgrad, 18. Febr. Der Handelsminister wird der  
Stupschina einen Nachtragskredit von 120 000 Fres.  
für die montenegrinischen Anleiher einbringen. — Wie  
die „Agence Belgrade“ meldet, ist die Nachricht von der  
endgiltigen Annahme der Eisenbahnleihe durch die  
Stupschina verfrüht; die definitive Erledigung der An-  
gelegenheit ist jedoch in nächster Zeit mit Sicherheit zu  
erwarten.

#### Zeitungsstimmen.

Zu den Reichstagswahlen schreibt die „Neue Reichs-  
korrespondenz“: „Die Reichstagswahlen haben vor der  
Thür. Da gilt es, sich zu entscheiden. Die Wahl steht, von  
minder wichtigen Nebensächlichkeiten abgesehen, wesentlich zwi-  
schen folgenden Gegenständen: auf der einen Seite steht eine wahr-  
haft nationale Politik, welche durch die Entwicklung der Behr-  
kraft und finanziellen Stärke Deutschlands zugleich für die Er-  
haltung des europäischen Friedens sorgt. Sie ist verbunden mit  
einer Wirtschaftspolitik, deren Ziel allein das ist, allen im Er-  
werbsleben thätigen Deutschen, Arbeitgebern wie Arbeitern, im  
Vaterlande die nützlichste und zu einem menschenwürdigen Dasein  
ausreichende Verwertung ihrer Arbeitskraft zu ermöglichen. Zu  
der hierin liegenden Förderung der Arbeitsgelegenheit und den  
wichtigsten Rechten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete,  
dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit,  
tritt eine umfassende staatliche Fürsorge gegen die nachtheiligen  
Folgen der Arbeitsunfähigkeit hinzu. Der franke, verunglückte,  
invalide oder altersgare Arbeiter fällt in Deutschland heut nicht  
mehr der Noth und der Armenpflege anheim; für seinen Lebens-  
unterhalt ist durch eine Rente unter sehr erheblichen Opfern der  
Arbeitgeber, wie der Gesamtheit der Steuerzahler gesorgt.  
Dies ist die Politik der Regierung und der Parteien,  
welche sie unterstützen. Ihr gegenüber stehen als Haupt-  
widersacher die Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten, deren  
Hauptbestreben dahin geht, die Arbeiter anzuloden. Was aber  
hätten diese von der Durchführung der Programme dieser Par-  
teien zu erwarten? Politisch erstreben die Deutschfreisinnigen  
die Parlamentsherrschaft; steter innerer Hader und Konflikt sind  
die unaussprechlichen Folgen dieses Strebens und nicht minder  
eine wesentliche Verflüchtung der Kriegslust unserer Nachbarn,  
deren Revanchegedanken die deutschfreisinnige Neigung zur  
Schwächung unserer Wehrkraft überdies in die Hände arbeitet.  
Wirtschaftlich erstreben sie den Freihandel; jeder Schutz der  
nationalen Arbeit wird verworfen und die Möglichkeit, den  
Arbeitsdienst der deutschen Arbeiter deren englischen oder ameri-  
kanischen Konkurrenten, den der deutschen Wandwirthe den Ameri-  
kanern, Russen und Indiern zuzuwenden, wird von ihnen erbetet.  
Allen positiven Sozialreformen gegenüber haben sie sich ableh-  
nend verhalten; nur wo sie kosteten, der Regierung etwas am



